

**Maruzsa Zoltán**

## ***Ungarn und die Propagandakampagnen des sozialistischen Lagers gegen Wiederbewaffnung und Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren***

### **Abstract**

In the first half of the period of Cold War, during the Rearmament of the Federal Republic of Germany, the Hungarian diplomacy – in cooperation with the Soviet Union and other allied countries – took foreign policy actions against the new west-german military forces. The purpose of this study is to provide an overview on this campaigns and to show clearly the position of Hungary among the countries of the Warsaw Pact.

*Keywords:* Propaganda, Cold War, FRG, Hungary, Military

Als Anfang der 1950er Jahre die Frage der westdeutschen Wiederbewaffnung aufgeworfen wurde, hatte sich hiergegen in der Bundesrepublik schon bald eine breite Front des gesellschaftlichen Widerstands formiert.<sup>1</sup> Eine zentrale Rolle spielte hierbei die Friedensbewegung, die sich zunächst gegen den Aufbau der Bundeswehr, seit Mitte der 1950er Jahre dann, in Form der Anti-Atomtodbewegung, gegen deren atomare Aufrüstung wandte und seit Anfang der 1960er Jahre, in Form der Ostermarschbewegung, für Abrüstung und Demokratie eintrat.<sup>2</sup> Doch nicht nur in der Bundesrepublik, auch im Ausland formierte sich gesellschaftlicher und parlamentarischer Protest.<sup>3</sup> Eine wesentliche Rolle spielte hierbei die Sowjetunion, die – mal offen, mal verdeckt – in zahlreiche der deutschen aber auch der internationalen Protestkampagnen eingriff, sie teilweise sogar initiierte und koordinierte.<sup>4</sup> Hierbei standen ihr die befreundeten sozialistischen und kommunistischen

---

<sup>1</sup> Vgl.: HOETH, Lutz: *Die Wiederbewaffnung Deutschlands in den Jahren 1945-1958 und die Haltung der Evangelischen Kirche*. Norderstedt 2008. GERSTER, Daniel (Hg.): *Friedensdialoge im Kalten Krieg: Eine Geschichte der Katholiken in der Bundesrepublik 1957-1983*. Frankfurt am Main, 2012. SEARLE, Alaric: *Wehrmacht Generals, West German Society, and the Debate on Rearmament 1949-1959*. Westport 2003. HORTENBACH, Kristina: *Konrad Adenauers Interview-Politik zur Durchsetzung der deutschen Wiederbewaffnung 1949-1955*. o.O. 1996.

<sup>2</sup> Vgl.: BURO, Andreas: *Friedensbewegung*. IN: ROTH, Roland, Dieter RUCHT (Hrsg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: ein Handbuch*. Frankfurt am Main, 2008. 268-292. BREDOW, Wilfried von: *Militär und Demokratie in Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden, 2008.

<sup>3</sup> Vgl.: LARGE, David Clay: *Germans to the Front. West German Rearmament in the Adenauer Era*. Chapel Hill, 1996. AZZOLA, Axel Christian: *Die Diskussion um die Aufrüstung der BRD im Unterhaus und in der Presse Großbritanniens November 1949-Juli 1952*. Meisenheim am Glan, 1971. GUILLEN, Pierre: *Frankreich und die NATO-Integration der Bundesrepublik*. IN: HERBST, Ludolf, Werner BÜHRER, Hanno SOWADE (Hrsg.): *Vom Marshallplan zur EWG: Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt*. München, 1990. 427-446. WETTIG, Gerhard: *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa*. München, 1967.

<sup>4</sup> PLOETZ, Michael, Hans-Peter MÜLLER: *Ferngelenkte Friedensbewegung?: DDR und UdSSR im*

Staaten, Parteien und Organisationen zur Seite, die ihren Einsatz für „*Frieden und Abrüstung*“ – von der Sowjetunion und dem sozialistischen Lager auch als „*Friedenskampf*“ bezeichnet – ebenfalls unterstützten und propagierten.<sup>5</sup> Als koordinierendes Organ ihres „*Friedenskampfes*“ diente der Sowjetunion der 1950 in Warschau gebildete Weltfriedensrat, der sich wiederum aus der 1947 von der Sowjetunion gegründeten Weltfriedensbewegung entwickelt hatte. Anfang der 1950er Jahre koordinierte der Rat bereits ein Netz nationaler und regionaler Friedenskomitees in 141 Staaten – des Ostens wie des Westens.<sup>6</sup> Nicht überall war der sowjetische Einfluss dabei gleich stark. In den befreundeten sozialistischen Staaten, wo zentrale Organisationen wie der Deutsche Friedensrat in der DDR oder der Ungarische Nationale Friedensrat (Országos Béketanács) bestanden, dürfte eine Beeinflussung verständlicherweise leichter gefallen sein als in westlichen Staaten. Zwei Schwerpunkte der „*friedenspolitischen*“ Aktivitäten der Sowjetunion und des Weltfriedensrates bildeten – wie im Fall der westdeutschen Friedensbewegung – die westdeutsche Wiederbewaffnung und – nachdem 1955 die Bundeswehr gegründet worden war – deren atomare Aufrüstung. So erklärte der sowjetische Botschafter in Bonn, Andrei Smirnow, noch Ende der 1950er Jahre: „*Unser Hauptziel ist [...] die Aufrüstung der Bundeswehr zu verlangsamen. Wenn jedes Land des sozialistischen Lagers eine Einheitsfront bildet, kann die Aufrüstung der Bundeswehr sich auch um zwei-drei Jahre verzögern, was einen großen Sieg für den Sozialismus bedeuten würde.*“<sup>7</sup>

Einen nicht unwesentlichen Hintergrund dieser Politik bildete sicherlich die Furcht Moskaus vor dem erneuten Entflammen eines deutschen Gefahrenherdes. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges saßen immer noch tief. Die Jahre des wirtschaftlichen und politischen Erstarkens der Bundesrepublik seit ihrer Gründung im Jahre 1949 hatten im Kreml erhebliche Unruhe ausgelöst. Der Wiederaufbau einer deutschen Militärmacht – zudem noch im Rahmen der NATO – und die Überlegung, diese mit Atomwaffen auszustatten, steigerte die sowjetischen Ängste zusätzlich. Entsprechend interessiert beobachteten die sowjetischen Diplomaten den militärischen Auf- und Ausbau der Bundesrepublik – auch wenn man sich im Kreml durchaus darüber im Klaren war, dass die Bundeswehr bei einem militärischen Angriff der NATO die Grenzen der Sowjetunion kaum jemals würde erreichen können. Doch betrachtete der Kreml die westdeutsche Aufrüstung nicht allein unter militärischen Gesichtspunkten. Auch auf anderen Gebieten spekulierte Moskau auf eine beträchtliche politische Rendite.

---

*Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss*, Münster, 2004. 355. Michael Ploetz und Hans-Peter Müller haben am Beispiel der westdeutschen Friedensbewegung gegen den Nato-Doppelbeschluss Anfang der 1980er Jahre eindrucksvoll nachgewiesen, wie sehr die Führung der Sowjetunion in die Kampagnen der Friedensbewegung eingriff und hierbei auch die SED, die ebenfalls auf diesem Gebiet aktiv war, zu einem „*dirigierten Dirigenten*“ machte.

<sup>5</sup> BARON, Udo: *Kalter Krieg und Heisser Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei 'Die Grünen'*, Münster - Hamburg - London, 2003. 25.

<sup>6</sup> Ebd. 30.

<sup>7</sup> GADDIS, John Lewis: *Most már tudjuk. A hidegháború történetének újraértékelése*. Európa, Budapest, 2001. 263.

Das von der Sowjetunion angeführte politische Lager der sozialistischen Staaten, das sich selbst als „*Friedenslager*“ definierte, war ebenfalls in den „*Friedenskampf*“ gegen die westdeutsche Wiederbewaffnung involviert. Nicht nur unterstützten ihre Parteien, Institutionen und Organisationen die Kommunisten und Friedenskomitees der westlichen Staaten in ihrer Öffentlichkeitsarbeit,<sup>8</sup> auch die „*Friedenspolitik*“ einiger sozialdemokratischer Parteien Westeuropas, die sich ebenfalls gegen eine westdeutsche Militarisierung wandten, erregte ihre Aufmerksamkeit.<sup>9</sup>

Die Sowjetunion unterstützte dieses Engagement der sozialistischen Staaten, da sie in deren Kritik an der westdeutschen Wiederbewaffnung die Möglichkeit sah, den Zusammenhalt des sozialistischen Lagers zu stärken und ihre Führungsrolle in ihm weiter auszubauen. Moskaus Diplomaten wussten, dass die Sorge, von deutschem Boden könnte erneut ein Krieg ausgehen, in den Köpfen vieler Osteuropäer immer noch präsent war und nutzten die Gelegenheit, die sich ihnen hier bot, die Sowjetunion als Schutzmacht der osteuropäischen Staaten zu inszenieren.<sup>10</sup> Die gescheiterten Aufstände von 1956 in Ungarn und Polen hatten der Sowjetunion deutlich vor Augen geführt, dass die „*breiten Massen*“ nur wenig für die in ihren Staaten „*provisorisch*“ stationierten sowjetischen Truppen und die Führungsrolle der Sowjetunion übrig hatten. Um hiergegen anzugehen setzte der Kreml zum einen auf die Angst der osteuropäischen Regierungen vor einer Infragestellung der territorialen Integrität ihrer Staaten durch die Bundesrepublik und den Westen. Abgesehen von der DDR, deren staatliche Existenz von der BRD – und dem Westen – vehement bestritten wurde, ging es hierbei auch um die Grenzabkommen, die die DDR mit ihren Anrainerstaaten geschlossen hatte und die von der BRD ebenfalls nicht anerkannt wurden. Erst mit dem Warschauer Vertrag von 1970 und dem Grundlagenvertrag von 1972 sollte sich an dieser Situation grundsätzlich etwas ändern. Die Sowjetunion versuchte nun in den 1950<sup>er</sup> und 1960<sup>er</sup> Jahren, den Unmut der sozialistischen Staaten vor den bei ihnen real stationierten „*Schutz*“truppen gegen deren Angst vor potentiellen westdeutschen „*Invasions*“truppen – deren Gefährdungspotential sie zusätzlich künstlich aufzubauen

---

<sup>8</sup> Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltára (Ungarisches Nationalarchiv) (MNL) XIX-J-1-j-Lengyelország-98t-002288/1958. Eine Aufzeichnung der II. Politischen Abteilung des ungarischen Außenministeriums von 1958, signiert von Gesandtschaftsrat Gyula Németh, interpretierte den polnischen Rapacki-Plan, der die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorsah, auch als inhaltliche Unterstützung der internationalen Friedensbewegung.

<sup>9</sup> MNL XIX-J-1-j-Nagy-Britannia-99-011321/1954. Der ungarische Botschafter in London, Szigeti, informierte sein Außenministerium am 23. November 1954 über die Reaktionen der britischen Labour Party auf die Unterzeichnung der Pariser Verträge.

<sup>10</sup> Österreichisches Staatsarchiv. Archiv der Republik. Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. (ÖStA, AdR, BmfAA) Pol-II. BRD 1346. Im Westen war man sich über diese Taktik durchaus im Klaren und ging davon aus, dass auch die östlichen Staaten das Vorgehen der Sowjetunion durchschauten. So erklärte der österreichische Botschafter in Bonn, Rudolf Ender, 1968 gegenüber seinem Außenministerium in Wien: „*allmählich wird auch in anderen Oststaaten immer klarer hervortreten, daß die BRD von den Sowjets immer dann als Bösewicht hingestellt wird, wenn sie Schwierigkeiten im eigenen Lager begegnet.*“

suchte – auszuspielen.<sup>11</sup> Eine zweite vom Kreml häufig genutzte propagandistische Methode bestand im Aufzeigen der starken personellen Kontinuitäten zwischen dem westdeutschen Offizierkorps und dem militärischen Führungsapparat des ehemaligen „Dritten Reichs“. Immer wieder wurden in der sowjetischen Propaganda Attacken gegen hohe Offiziere der Bundeswehr geführt, die bereits in der deutschen Wehrmacht des „Dritten Reichs“ gedient hatten – um dann von den personellen auf die inhaltlichen Kontinuitäten der Bundeswehr zu schließen. Von dort war es dann bis zu den „expansionistisch-revanchistischen“ Militärstrategien der neuen „alten“ Bundeswehrführung nicht mehr weit. Ein bevorzugtes Objekt dieser Attacken bildete Bundeswehrgeneral Adolf Heusinger, der im Zweiten Weltkrieg an den Planungen für die gegen die Sowjetunion gerichtete Sommeroffensive von 1942 und an der Koordinierung der Partisanenbekämpfung in den besetzten Ostgebieten beteiligt gewesen war.<sup>12</sup>

Doch nicht nur im eigenen Lager hoffe die Sowjetunion mit diesen Methoden Erfolge zu erzielen. Auch im Westen spekulierte sie auf gewinnbringende Effekte. Moskau betrachtete die Frage der Wiederbewaffnung Westdeutschlands als Achillesverse der NATO, da die Mitgliedsstaaten des Verteidigungsbündnisses, je nachdem ob und was für Erfahrungen sie während der Zeit der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg gesammelt hatten, unterschiedliche Ansichten zur westdeutschen Wiederbewaffnung und Aufrüstung hegten. So machten sich die nur wenig vorbelasteten USA – spätestens seit dem Ausbruch des Koreakrieges im Jahr 1950 – sehr für eine westdeutsche Wiederbewaffnung stark, während direkte Anrainerstaaten, wie Frankreich oder Dänemark, oder allgemein europäische Staaten, wie Norwegen oder Großbritannien<sup>13</sup>, welche die deutsche Besatzung am eigenen Leibe erfahren oder aus nächster Nähe erlebt hatten, sich mit einer klaren Positionierung in dieser Frage noch lange zurückhalten sollten. Aus der Sicht Moskaus und der Satellitenstaaten stellte die Frage der westdeutschen Wiederbewaffnung deshalb eine großartige Möglichkeit dar, einen Keil zwischen die westlichen Bündnispartner zu treiben.

Den staatlichen Stellen der Bundesrepublik waren diese Ziele und Methoden des sowjetischen Vorgehens durchaus bekannt. Immer wieder versuchten sie, der westdeutschen Bevölkerung in Broschüren und Weißbüchern die unterschiedlichen offenen und verdeckte Kanäle der sowjetischen Propaganda- und Public Relations-Arbeit vor Augen zu führen. In einem Weißbuch der Bundeswehr von 1964 über die sowjetische Kampagne gegen die Aufrüstung der Bundeswehr wurden folgende Wege der Verbreitung aufgelistet: „1. Der offizielle Weg über die

---

<sup>11</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (PA AA, MfAA) Neues Amt B14 IIA7 830. Vermerk Nr. 81-02/0/776/64 des Auswärtigen Amtes.

<sup>12</sup> PA AA Neues Amt B14 IIA7 830. Bericht Nr. 301-81-02-0/0100/62 des Botschafters der Bundesrepublik in Moskau vom 12. Januar 1962; PA AA Neues Amt B14-301 186. Im sowjetischen Fernsehen wurde 1961 sogar ein „Dokumentarfilm“ über General Heusinger ausgestrahlt, in dem dieser als Kriegsverbrecher im Dienste des Nationalsozialismus dargestellt wurde.

<sup>13</sup> DOCKRILL, Saki: *Britain's Policy for West German Rearmament, 1950-1955*, Cambridge, 2009. 153-154.

*diplomatische Institution der Sowjetunion oder andere kommunistische Staaten [...]; 2. Die Agitation kommunistischer Parteien gemäß der vom Zentralkomitee der KPdSU herausgegebenen Weisungen und entsprechend den jeweiligen geographischen und historischen Bedingungen; 3. Die Publikation „wissenschaftlicher“ Institutionen, die Material zusammentragen, im gewünschten Sinn auslegen, darstellen und interpretieren, angebliche Dokumente fabrizieren und veröffentlichen; 4. Der Einsatz kommunistisch gelenkter internationaler Hilfsorganisationen, wie z. B. Weltfriedensrat [...]; 5. Der Einsatz kommunistischer, meist regional (national) arbeitender Tarnorganisationen durch deren Publikationen, Pressekonferenzen [...]; 6. Der Einsatz kommunistischer Nachrichtenagenturen, Rundfunkstationen, Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften [...]; 7. Der Einsatz bezahlter meist bebildeter Artikel in ausländischen Zeitungen; 8. Das Auftreten von Delegierten und Abgeordneten kommunistischer Länder in den Vereinten Nationen, und kommunistischer Abgeordneter in verschiedenen Parlamenten; 9. Der Einsatz von Ausstellungen und die Verbreitung sowjetischer Dokumentationen. [...] Dieses System kombinierter Propaganda ist primitiv und raffiniert zugleich. In der Tatsache, dass es in der westlichen Welt weiterhin nicht erkannt wird, beruht ein beträchtlicher Teil seiner Wirksamkeit.“<sup>14</sup>*

Auch die Volksrepublik Ungarn war, als Mitglied der sozialistischen Staatengemeinschaft, in diese „Friedenskampagnen“ involviert. Über ihre gesellschaftlichen Organisationen, wie den Nationalen Friedensrat, und staatlichen Institutionen, wie das Außenministerium, partizipierte sie in- wie außerhalb der eigenen Landesgrenzen an der propagandistischen Infragestellung der westdeutschen Aufrüstung. Im Gegensatz zur DDR oder Polen bestanden im Fall Ungarns aber keine westdeutschen Gebietsansprüche und so fiel das Engagement ihrer Organisationen und Institutionen – wie in diesem Aufsatz noch zu zeigen sein wird – weit zurückhaltender aus, als in den übrigen sozialistischen Staaten. Auf den folgenden Seiten soll nun der Standpunkt der Volksrepublik Ungarn bezüglich der Wiederbewaffnung und Aufrüstung Westdeutschlands und ihre Rolle in den diesbezüglichen sozialistischen – von der Sowjetunion geleiteten – Kampagnen untersucht werden. Es sei aber schon an dieser Stelle angemerkt, dass fundierte Aussagen über die Vorgänge, aufgrund des geringen Aufarbeitungsgrades der vorhandenen Archivquellen und des nur schwach entwickelten Forschungsstandes,<sup>15</sup> derzeit nur in Ansätzen möglich sind.

In Ungarn hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg – auch und gerade in der Parteiführung – eine antideutsche Haltung entwickelt. Auf die Außen- und Propagandapolitik der Volksrepublik gegenüber den beiden deutschen Staaten hatte diese Haltung aber nur eine geringe Wirkung. Für Außenstehende, wie den österreichischen Gesandten in Budapest, Dr. Karl Braunias, war es dabei immer

---

<sup>14</sup> PA AA Neues Amt B14 IIA7 830. Das Weißbuch, gelagert im Auswärtigen Amt unter der Nr. 81-02/0/776/64, wurde am 20. März 1964 abgeschlossen.

<sup>15</sup> GOSZTONY, Peter: *Die Aufrüstungsmaßnahmen in der Bundesrepublik und das Echo des Ostblocks*. IN: BUCHHEIM, Hans, u.a.: *Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955*. Boppard am Rhein 1975. 39-60. MARUZSA, Zoltán: *A német újrafegyverkezés és a hidegháború: 1945-1969: összegzés és dokumentumok*. Budapest, 2012.

wieder erstaunlich zu sehen, wie sich die ungarische Führung bemühte, die ost-deutschen Genossen und die DDR, als Teil des sozialistischen Lagers, von den anti-deutschen Ressentiments zu verschonen: „*Es gibt in Ungarn heute noch immer ein Ressentiment gegenüber alles Deutsche [sic!], u. zw. gerade in den führenden Kreisen. Dieses nicht nur wegen der starken jüdischen Anteils an der kommunistischen Führungsschicht, sondern auch deswegen, weil diese bestrebt ist, einen Deutschenhass wach zu halten, um damit die Abneigung der Volksmassen, die heute nicht gegen die Deutschen, sondern gegen die Russen gerichtet ist, etwas auszubalancieren. Wenn nun das Regime den Deutschenhass lebendig erhalten will, so muss es ein besonderes Kunststück sein, es zustande zu bringen, dass die Ostdeutschen von diesem Ressentiment ausgenommen bleiben.*“<sup>16</sup> Doch auch der BRD gegenüber hielt die ungarische Führung sich zurück, wollte sie doch nicht ihren wichtigsten westlichen Handelspartner verärgern. Mitte 1955 bemühte sich die ungarische Parteiführung sogar, wie ihre Genossen in Polen und der Tschechoslowakei,<sup>17</sup> um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD.<sup>18</sup> Interventionen der DDR und der Sowjetunion, vor allem aber die Ende des Jahres vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik initiierte Hallstein-Doktrin, machten diese Pläne aber – zumindest vorübergehend – zunichte. Nach der niedergeschlagenen Revolution von 1956 und unter der neuen moskautreuen ZK-Führung und Regierung unter János Kádár engagierte sich die Volksrepublik Ungarn zwar mehr auf Seiten der DDR,<sup>19</sup> doch standen ihre propagandistischen Angriffe auch weiterhin hinter denen der übrigen sozialistischen Staaten zurück. Erst nachdem sich Walter Ulbricht 1960 in einem persönlichen Brief an Kádár gewandt und um eine gemeinsame deutsch-ungarische Verurteilung des „*westdeutschen Revanchismus*“ gebeten hatte,<sup>20</sup> kam es im März 1961 zu einem Treffen der beiden Außenministerien. Während dieser ersten offiziellen Besprechung der beiden Ämter wurde auch über eine Zusammenarbeit der Ministerien im Kampf gegen die Aufrüstung des Westens – auch und gerade in der BRD – gesprochen.<sup>21</sup> Zumindest offiziell scheint die Besprechung damals zu einem Umdenken im ungarischen Außenministerium geführt zu haben. In einer 1962 veröffentlichten Publikation zur ungarischen Außenpolitik hieß es

---

<sup>16</sup> ÖStA, AdR, BmFAA Pol-II. Deutschland 377. Bericht Nr. 511.717 des österreichischen Gesandten in Budapest, Dr. Karl Braunias vom 7. Februar 1956.

<sup>17</sup> MUTH, Ingrid: *Die DDR-Außenpolitik, 1949-1972: Inhalte, Strukturen, Mechanismen*, Berlin<sup>2</sup>, 2001. 38.

<sup>18</sup> BÉKÉS Csaba: *Magyarország és a nemzetközi politika az ötvenes évek közepén*. IN: BÉKÉS Csaba (szerk.): *Evolúció és revolúció. Magyarország és a nemzetközi politika 1956-ban*. Gondolat Kiadó – 1956-os Intézet, Budapest, 2007. 16-17.

<sup>19</sup> RUFF Mihály: *A két német állam*. IN: BÉKÉS Csaba (szerk.): *Evolúció és revolúció. Magyarország és a nemzetközi politika 1956-ban*. 1956-os Intézet – Gondolat Kiadó, Budapest, 2007. 301-305. SCHULZ, Eberhard: *Die Bedeutung der DDR für die Westpolitik osteuropäischer Staaten*. IN: LEPTIN, Gert (Hg.): *Die Rolle der DDR in Osteuropa*. Berlin 1974. 70. Hierbei ging es Ungarn, laut Eberhard Schulz, auch darum, sich mit einer ostdeutschen Deutschlandpolitik Freiräume gegenüber der Sowjetunion zu verschaffen.

<sup>20</sup> MNL XIX-J-1-j-NDK-11d ohne Nummerierung.

<sup>21</sup> MNL XIX-J-1-j-Csehszlovákia-7d-006455/2/1962. Vorlage für das Kolleg des Außenministeriums Nr. 00646/3/1962 vom 30. März 1962.

vom Außenministerium: *„Es muss ein aktiver und scharfer Kampf gegen die von Westdeutschland ausgehende Bedrohung, gegen die kriegsgerische Politik der BRD, gegen Revanchismus und Militarismus geführt werden. Die Enthüllung der faschistischen Führer der BRD und des klerikal-semifaschistischen Systems der BRD muss fortgesetzt werden, mit dem Ziel, sie vor den europäischen Völkern, vor allem vor den Nachbarvölkern der BRD, zu kompromittieren.“*<sup>22</sup> Tatsächlich hielt sich das Außenministerium in seinem „aktiven und scharfen Kampf“ gegen die westdeutsche Aufrüstung aber auch weiterhin eher zurück.

Bei einer Untersuchung und Analyse der konkreten Aktivitäten des Ministeriums während der 1950er und 1960er Jahre treten zwei Charakterzüge deutlich zum Vorschein. Zum einen verliefen die Aktivitäten zyklisch, entsprechend den Schritten der westdeutschen Wiederbewaffnung und Aufrüstung und der gegen sie gerichteten Kampagnen der sozialistischen Staaten. Die Jahre 1954/55, 1957/58, 1960/61 und 1963/64 bildeten in diesem Zusammenhang Schwerpunkte der politischen Aktionen – auch der ungarischen Aktivitäten; allerdings verschmolzen im Falle Ungarns die Kampagnen von 1960/61 und 1963/64 zu einem einzigen Zyklus.<sup>23</sup> Ihr zweiter Charakterzug war ihre bereits mehrfach erwähnte Passivität. Primär sammelte das Außenministerium Informationen über die Reaktionen westlicher Staaten auf die westdeutsche Wiederbewaffnung und Aufrüstung, verwertete sie in Publikationen und gab sie an Stellen in befreundeten sozialistischen – aber auch westlichen – Staaten weiter. Die operative Propaganda- und Public Relations-Arbeit spielte dagegen eher eine untergeordnete Rolle. Dies zeigte sich vor allem in der Kampagne 1954/55, in der die ungarischen Auslandsvertretungen praktisch ausschließlich als Informationslieferanten gedient zu haben scheinen. Erst für die Kampagne von 1957/58 lassen sich in den Quellen Indizien finden, die auf ein verstärktes Engagement verweisen. In der für die Bundesrepublik zuständigen II. Politischen Abteilung des Außenministeriums verfasste Sekretär Sándor Kurtán 1958 mehrere Analysen und Entwürfe, zur Verbesserung der gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gerichteten ungarischen Propaganda. In diesem Zusammenhang schrieb er beispielsweise am 31. März 1958 in einem streng geheimen Vermerk: *„Der westdeutsche Bundestag beschloss am 25. März mit Mehrheit – gegen den Willen der absoluten Mehrheit der Bevölkerung – den Regierungsentwurf über die atomare und Raketenbewaffnung der westdeutschen Armee. Damit hat die Stärke der Bedrohung der Armee des NATO-Mitglieds Westdeutschland potentiell außerordentlich zugenommen. In Anbetracht dessen, dass dieser Schritt in erster Linie die Volksdemokratien bedroht, und dass es schon in mehreren Ländern zu Protesten kam, ist es wünschenswert, dass auch unsererseits Schritte unternommen werden. [...] Die ungarische Presse soll sich intensiver mit den Gefahren des westdeutschen Imperialismus und Militarismus befassen – vor allem aus ungarischem Blickwinkel / Zerstörungen aus zwei Weltkriegen, Faschismus und die Rolle*

---

<sup>22</sup> MNL XIX-J-1-j-Csehszlovákia-7d-001562/7/1962. Auszug aus der Publikation *„Außenpolitik der Volksrepublik Ungarn“*, herausgegeben vom ungarischen Außenministerium.

<sup>23</sup> MARUZZA (2012): 99-115.

seiner Erben im heutigen Westdeutschland, westdeutsche Teilnahme an der ungarischen Konterrevolution, Unterstützung für die ungarische faschistische Emigration.“<sup>24</sup> Und nicht nur im ungarischen Außenministerium, auch in der Regierung und im Parlament schien man es in der Kampagne von 1957/58 für angebracht zu halten, nun auch einmal offensiv Stellung zu beziehen. Am 4. April – dem Jahrestag der Befreiung Ungarns durch die Rote Armee – nahm die Regierung Kádár, im Rahmen der offiziellen Feierlichkeiten an der Dózsa György Straße in Budapest, „vor mehr als 500.000 Leuten“ Stellung gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands.<sup>25</sup> Nur wenige Tage später, am 16. April 1958, verurteilte dann auch noch das ungarische Parlament den Versuch der Bundesrepublik, die Bundeswehr mit Atomwaffen aufzurüsten.<sup>26</sup>

Doch auch im Ausland sollte sich der ungarische Propaganda- und Public Relations-Apparat - nach den Plänen des Außenministeriums - an der Kampagne von 1957/58 beteiligen. Kurtán hatte sich sogar bereits Gedanken über erste schwarze Public Relations-Operationen gemacht. In einem Vermerk vom 26. Mai erklärte er: *„Es ist erwünscht, im allgemeinen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, für die Zurückweisung konkreter Angriffe, für die Verschärfung der Gegensätze zwischen den NATO-Mitgliedstaaten, weitere Schritte zu unternehmen. Mit einigen Nachrichten in der ungarischen Presse könnten wir den westdeutschen und amerikanischen Regierungskreisen einige Unannehmlichkeiten bereiten. [...] Es wäre erwünscht [...] folgende Nachricht in der Presse zu lancieren mit der Formel „wie wir erfuhren“: „Nach Information aus führenden französischen NATO-Kreisen kam es zu Geheimverhandlungen zwischen amerikanischen und westdeutschen Militärführern über die Invasion schwächerer und unzuverlässiger NATO-Mitgliedstaaten im Kriegsfall. Die Bundesrepublik Deutschland soll nach vorläufigen Plänen Dänemark und Norwegen sowie einen Teil Frankreichs besetzen. Die beiden skandinavischen Länder hätten in den Führungskreisen der NATO mit ihrer Ablehnung der Stationierung atomarer und Raketenwaffen Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit geweckt. Die Amerikaner würden eine westdeutsche Besatzung bevorzugen, da die westdeutschen Befehlshaber schon Übung in der Besetzung dieser Länder hätten. Die Amerikaner würden dann Südfrankreich, Italien und Griechenland sichern.“ [...] Diese Nachricht müsste mit großem Titel und fettgedruckt, jedoch ohne Kommentar veröffentlicht werden. Einige Tage später könnte dann ein Kommentar gebracht werden, in dem darauf hingewiesen wird, welche Gefahr eine atomar bewaffnete westdeutsche Armee nicht nur für die kleinen sozialistischen Länder in sich birgt, sondern auch für die kleineren Nationen Westeuropas.“*<sup>27</sup> Ziel solcher Aktionen sollte es sein, in Staaten wie Dänemark, Norwegen oder Frankreich die Ängste vor einem militärisch potenten Deutschland zu befeuern. So schrieb Kurtán am 29. Mai in einem Vermerk: *„Wir glauben, diese Nachricht wäre eine gute Antwort [auf*

---

<sup>24</sup> MNL XIX-J-1-j-NSZK-100t-Szovjetunió-1958 Ohne Nummerierung.

<sup>25</sup> MNL XIX-J-1-j-NSZK-100t-Szovjetunió-1958 Ohne Nummerierung.

<sup>26</sup> MNL XIX-J-1-j-NSZK-62t-SZU-1945-64. Ohne Nummerierung.

<sup>27</sup> MNL XIX-J-1-j-NSZK-100t-Szovjetunió-1958. Ohne Nummerierung.



die Aufrüstungsbemühungen der Bundesrepublik], *zudem würde sie die Ressentiments gegen Westdeutsche, trotz deren Dementis, verstärken.*<sup>28</sup> Kurtán erarbeitete neben dem propagandistischen auch einen außenpolitischen, gegen die Bundesrepublik gerichteten, Maßnahmenkatalog.<sup>29</sup> Er liegt im Anhang, neben einigen weiteren Dokumenten, abgedruckt vor. Eine Zwischenbemerkung: Diese entgegen den anderen Perioden ungewöhnliche Aktivität des Außenministeriums lässt sich – neben der Tatsache, dass es nur hier um eine dezidiert atomare Bedrohung ging – wohl größtenteils auf das persönliche Engagement Kurtáns zurückführen. Seine Vorgesetzten haben den Diplomaten, der zuvor bereits in den Auslandsvertretungen in Berlin und Wien gearbeitet hatte, mit seinen für ungarische Verhältnisse etwas überambitionierten Vorstellungen nicht immer unterstützt. Meist beschränkten sich die Maßnahmen des ungarischen Außenministeriums auf die bloße Unterstützung der Noten anderer Länder des sozialistischen Lagers.<sup>30</sup> Zumindest konnten im Archiv des ungarischen Außenministeriums weder für die Kampagne von 1960/61, noch für diejenige von 1963/64 Quellen gefunden werden, die quali- oder quantitativ an diejenigen der Kampagne von 1957/58 herangereicht hätten.

Über den Austausch des ungarischen Außenministeriums mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR war bereits berichtet worden. Den intensivsten Austausch über die westdeutsche Aufrüstung scheint es innerhalb des sozialistischen Lagers aber interessanterweise nicht mit der Deutschen Demokratischen Republik sondern mit der Tschechoslowakei unterhalten zu haben. Zumindest deutet das Ausmaß des Schriftverkehrs zwischen den beiden Außenministerien in diese Richtung. Die Tschechoslowakei war weit stärker als Ungarn in die Kampagnen involviert und schon während der ersten Aktion von 1954/55 auch im Ausland aktiv. Ende April 1955 berichtete die ungarische Botschaft in Prag in diesem Zusammenhang: *„Einen Teil – sogar einen wesentlichen – der Deutschen Frage bildete die ruckartige Fortführung der im vorigen Herbst gestarteten Protestkampagne gegen die Wiederbewaffnung des westdeutschen Militarismus. Dessen häufigste, die größten Massenorganisationen bewegende Form war die Veranstaltung von Protestkundgebungen in Städten und Dörfern, auch in Betrieben, unter Teilnahme von mehreren hunderttausend tschechoslowakischen Werktätigen. Auch und vor allem auf dem Gebiet der Jugend nahmen die internationalen Treffen zu, auf denen die Vertreter tschechoslowakischer, deutscher (aus Ost und West gleichermaßen), österreichischer sowie polnischer Werktätiger gemeinsam gegen die Aufrüstung des westdeutschen Militarismus protestierten. Die meisten dieser Treffen wurden zu einer flammenden Kundgebung für den Frieden, was ein positives Echo bei den tschechoslowakischen Werktätigen auslöste. Außerhalb dieser Kundgebungen wendeten sich verschiedene Schichten der Werktätigen, Fabrikarbeiter,*

---

<sup>28</sup> MNL XIX-J-1-j-NSZK-100t-Szovjetunió-1958. Ohne Nummerierung.

<sup>29</sup> MNL XIX-J-1-j-NDK-1d-002640/1958. Streng geheimer taktischer Stufenplan des Außenministeriums vom 26. Mai 1958, verfasst von Sándor Kurtán, der außer allgemeinen Grundsätzen auch einen konkreten Maßnahmenkatalog bezüglich der Politik in Richtung BRD enthielt.

<sup>30</sup> MARUZZA (2012): 131-139.

*Wissenschaftler, Künstler, bürgerliche Parteien, Kirchen usw. in Briefen sowie über Presse und Rundfunk an die Werktätigen der westeuropäischen Länder, um zum Kampf gegen die Wiederbewaffnung aufzurufen. Viele dieser Aufrufe erhielten eine positive Antwort.*<sup>31</sup> Zu einer tatsächlichen Zusammenarbeit der beiden Außenministerien sollte es aber auch hier nicht kommen. Zwar wurde 1962 auf der jährlich tagenden ungarisch-tschechoslowakischen Außenministerkonferenz auch die Möglichkeit eines Informationsaustausches über propagandistische Maßnahmen gegen die westdeutsche Aufrüstung zur Sprache gebracht. Die Koordinierung der „Zusammenarbeit bezüglich BRD, Westberlin und Österreich“ wurde ebenso vereinbart, wie der regelmäßige Austausch von Verzeichnissen „der wichtigeren geplanten Aktionen in Richtung einzelner Länder“ und der Austausch von Vorschlägen „zur Harmonisierung und Koordinierung“.<sup>32</sup> Konkrete Maßnahmen wurden aber zu keiner Zeit ernsthaft debattiert. Das Außenministerium in Prag war allenfalls an einer losen Zusammenarbeit interessiert, da es sich „nicht die Hände binden“ lassen wollte.<sup>33</sup> Ungarn hatte mittlerweile die Gespräche mit der BRD über die Aufnahme von Beziehungen wieder aufgenommen, so dass das Außenministerium in Budapest ebenfalls nur wenig Interesse an einer Intensivierung von Provokationen zeigte.<sup>34</sup> Schon die erste verabredete Übergabe der Aktionspläne für 1963 wurde nicht rechtzeitig umgesetzt<sup>35</sup> und noch im selben Jahr, auf der nächsten ungarisch-tschechoslowakischen Außenministerkonferenz, wurde die „Abstimmung von Aktionen bezüglich Enthüllung des deutschen Revanchismus“ ganz ans Ende der Tagesordnung gerückt und ohne konkrete Beschlüsse abgeschlossen.<sup>36</sup>

Wie bereits erwähnt hatte der Schwerpunkt der Arbeit des Außenministeriums aber ohnehin in der Informationsbeschaffung gelegen. Seit Beginn der 1950er Jahre berichteten die ungarischen Auslandsvertretungen regelmäßig über die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf die westdeutsche Wiederbewaffnung und Aufrüstung in ihren Einsatzländern. Vier Auslandsvertretungen stachen dabei besonders hervor, die in einem deutlich höheren Ausmaß in die Berichterstattung über die westdeutsche Aufrüstung eingebunden gewesen zu sein scheinen. Es handelt sich hierbei um die ungarischen diplomatischen Vertretungen in Paris, Rom, Brüssel und Kopenhagen.<sup>37</sup> Sie wurden 1961 sogar mit einer Wei-

---

<sup>31</sup> MNL XIX-J-1-j-Csehszlovákia-17d-004947/1955. Streng geheimer Bericht der ungarischen Botschaft in Prag vom 27. April 1955, der eine Zusammenfassung über die Politik der ČSSR im ersten Quartal beinhaltet, und auch Einblick in den Kampf gegen den deutschen Imperialismus gewährt.

<sup>32</sup> MNL XIX-J-1-j-Csehszlovákia-7d-006455/2/1962. Vorlage für das Kollegium im Außenministerium Nr. 00646/3/1962 vom 30. März 1962 über die Konsultationen zwischen den Außenministerien der ČSSR und Ungarns.

<sup>33</sup> MNL XIX-J-1-j-Csehszlovákia-7d-001562/4/1962.

<sup>34</sup> MNL XIX-J-1-j-Csehszlovákia-20d-007684/1/1962.

<sup>35</sup> MNL XIX-J-1-j-Csehszlovákia-9d-001989/1963.

<sup>36</sup> MNL XIX-J-1-j-Csehszlovákia-9d-001989/1963.

<sup>37</sup> Mit einem gewissen Abstand könnte hier auch noch die ungarische Gesandtschaft in Wien angeführt werden. Das Außenministerium in Budapest sorgte sich sehr, dass Österreich noch einmal an Deutschland „angeschlossen“ werden könnte und bat seine Gesandtschaft, intensiv über die österreichische Haltung zur westdeutschen Wiederbewaffnung und Aufrüstung zu berichten.

sung des Außenministeriums zu erhöhter Wachsamkeit angehalten, die auch im Anhang dieses Aufsatzes zu finden ist.

Die ungarische Gesandtschaft in Paris berichtete im Zeitraum zwischen der Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954 und ihrer Ratifizierung durch den französischen Senat am 28. März 1955 ausführlich über die Aktivitäten der französischen Gegner einer westdeutschen Wiederbewaffnung. Der Aufmarsch von 40.000 Demonstration am 5. Dezember an der Pariser Métro-Station Porte de Versailles blieb dabei ebenso wenig unerwähnt, wie die Überflutung der Parlamentspost mit privaten Protestschreiben, die Sammlung von 3,5 Mio. Unterschriften<sup>38</sup> und die Veranstaltung einer „Aktionswoche“ durch die französischen Friedenskomitees<sup>39</sup> oder die sich im März 1955 häufenden Großkundgebungen der Gewerkschaften. Als dann am 28. März dennoch die Ratifizierung der Pariser Verträge durch den französischen Senat erfolgte, resümierte Imre Kutas, der ungarische Gesandte, niedergeschlagen: *„Frankreich leistete offiziell seinen Beitrag zur Aufrüstung Westdeutschlands, und lud damit eine schwere Verantwortung auf sich“*.<sup>40</sup> Auch in den folgenden Jahren bildete die deutsche Aufrüstung einen Untersuchungsgegenstand der ungarischen Vertretung in Paris. Im Außenministerium scheinen die Berichte mit Interesse zur Kenntnis genommen worden zu sein. So hieß es in einem Schreiben der IV. Territorialen Abteilung des ungarischen Außenministeriums vom 29. Oktober 1960 an die Pariser Gesandtschaft: *„Der Bericht [...] des Genossen Gesandten analysiert die Widersprüche der Außenpolitik de Gaulles hervorragend, den Prozess, mit dem de Gaulle sich gleichfalls von seinen atlantischen Alliierten isoliert und seine eigenen Anhänger mit seinen Zugeständnissen an Westdeutschland, gerade auf militärischer Linie, überrascht. Die an die Bundeswehr übergebenen Truppenübungsplätze, die Militärbasen müssen auch weiterhin beobachtet und über ihr Echo [in Frankreich] berichtet werden. Es ist nur schwer vorstellbar, dass die Öffentlichkeit – obwohl sie sich in erster Linie mit Algerien beschäftigt – nicht auf den „freundlichen“ Einmarsch der deutschen Stiefel auf französischen Boden reagiert.“*<sup>41</sup>

Die ungarische Gesandtschaft in Rom berichtete bereits 1952 ausführlich über Proteste der Kommunistischen Partei Italiens, der Frauen-, Partisanen- und Kriegsopferverbände und der italienischen Friedenskomitees gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands.<sup>42</sup> In den Kampagnen von 1954/55 und 1957/58 hielt sich die Vertretung zwar zurück, doch gibt es für die Kampagne von 1960/61 Anzeichen eines verstärkten Engagements. So antwortete der ungarische Gesandte in Rom, Gyula Simó, auf die bereits erwähnte Weisung des ungarischen Außenministeriums

---

<sup>38</sup> MNL XIX-J-1-j-Franciaország-5/b-001343/1955. Streng geheimer Bericht der ungarischen Gesandtschaft in Paris vom 13. Januar 1955.

<sup>39</sup> MNL XIX-J-1-j-Franciaország-5/b-001343/2/1955. Streng geheimer Bericht der ungarischen Gesandtschaft in Paris vom 29. März 1955.

<sup>40</sup> MNL XIX-J-1-j-Franciaország-5/b-001343/3/1955. Streng geheimer Bericht der ungarischen Gesandtschaft in Paris vom 23. April 1955.

<sup>41</sup> MNL XIX-J-1-j-Franciaország-5/b-001905/1/1960.

<sup>42</sup> MNL XIX-J-1-j-Olaszország-5a-00642/1953.

von 1961: „In Italien könnte einerseits aufgrund der Massenstimmung, andererseits aufgrund der Klasseninteressen der italienischen Bourgeoisie unter gewissen genehmen außenpolitischen Gegebenheiten eine politische Haltung erzeugt werden, die Stellung beziehen könnte 1) gegen die offensiv imperialistische westdeutsche Politik; 2) für eine friedlich gesinnte und um internationale Zusammenarbeit bemühte DDR; 3) auch eine flexiblere Haltung der italienischen bürgerlichen Parteien wäre vorstellbar, die dann die Rolle des Initiators oder Vermittlers zwischen den beiden gegnerischen Lagern einnehmen könnten; 4) seitens der DDR wäre eine entsprechende planmäßige Propaganda in Italien richtig und sehr notwendig, die vorerst eine 'de facto', später dann eine 'de jure' Anerkennung der DDR möglich machen würde. Wir befassen uns mit jedem Zweig der Deutschen Frage und erstatten über die erhaltenen Informationen ständig Bericht.“<sup>43</sup> Inwieweit die Gesandtschaft dann auch tatsächlich in diesem Sinne aktiv wurde, kann aus dem bislang einsehbaren Quellenmaterial allerdings noch nicht abschließend rekonstruiert werden.

Die ebenfalls in der Frage der westdeutschen Aufrüstung sehr aktive ungarische Gesandtschaft in Brüssel sah demgegenüber in Belgien 1961 deutlich weniger Handlungsspielräume für ein offensiveres Engagement. Der ungarische Gesandte in Brüssel, Tibor Lajti, antwortete auf die Weisung seines Ministeriums: „In Belgien misst man der Deutschen Frage keine große Bedeutung bei. Regierungsstellen [...] beziehen überhaupt keine oder nur eine allgemeine Stellung. Dies bedeutet natürlich nicht, dass die aggressive Außenpolitik Westdeutschlands die einfachen Menschen nicht interessiert [...]. Regierungskreise versuchen alles, um das Problem zu verschleiern, und die Presse tut es ihnen nach. Natürlich bilden das Organ der Kommunistischen Partei Belgiens, die Veröffentlichungen der Friedensbewegung und einige Artikel von Struye in der Libre Belgique eine Ausnahme. Hinter der Deutschlandpolitik der Regierung verbirgt sich ein doppeltes Ziel. Einerseits den NATO-Partner nicht anzugreifen und die belgische Öffentlichkeit mit Bagatellisierungen zu beschwichtigen, andererseits sich [auch] nicht [auf Seiten der Bundesrepublik] zu engagieren und sich damit die Option für ein außenpolitisches Lavieren offen zu halten.“<sup>44</sup> Die Aktivitäten der belgischen Aufrüstungsgegner, vor allem der Kommunistischen Partei Belgiens, betrachtete das ungarische Außenministerium dennoch als Erfolg: „Die Aktivität der Kommunistischen Partei Belgiens in der Deutschen Frage ist positiv zu beurteilen. Das Politbüro der Partei schlug der belgischen Regierung die Unterzeichnung eines Nichtangriffsvertrages zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt vor. [...] Dieser besagte: 1) Belgien soll die Gültigkeit der bestehenden deutschen Grenzen und den territorialen Status quo in Deutschland anerkennen; 2) den Status Westberlins als freie Stadt. 3) den Protest gegen die Atombewaffnung West-Deutschlands. Die Kommunistische Partei Belgiens trägt auf Konferenzen und in ihrer Parteipresse erheblich zur Enthüllung des westdeut-

---

<sup>43</sup> MNL XIX-J-1-j-Olaszország-5a-007262/1/1961. Streng geheimer Bericht der ungarischen Gesandtschaft in Italien vom 15. November 1961.

<sup>44</sup> MNL XIX-J-1-j-Belgium-7d-007163/2/1961 Streng geheimer Bericht der ungarischen Gesandtschaft in Belgium vom 2. November 1961.

*schen Militarismus und seiner revanchistischen Bestrebungen bei. Außerdem bietet sie wesentliche Unterstützung für fortschrittliche Organisationen und Personen, die eine friedliche Lösung der Deutschen Frage wünschen.*"<sup>45</sup>

Von allen ungarischen Auslandsvertretungen scheint jedoch interessanterweise diejenige in Kopenhagen am intensivsten in die Berichterstattung zur deutschen Aufrüstung involviert gewesen zu sein – zumindest was die Menge des gelieferten Materials betrifft. Auch hier berichtete die Gesandtschaft ausführlich über die Kampagne von 1954/55. Die Unterschriftenaktionen der dänischen Friedenskomitees und ein am 7. Dezember 1954 veranstalteter „*Aktionstag*“, um einen Volksentscheid gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge durch das dänische Parlament voranzutreiben, wurden dabei ebenso gewürdigt, wie die Sendung von Protestschreiben und Delegationen der Bewegung und der Kommunistischen Partei Dänemarks an das dänische Parlament. Der Resident der Gesandtschaft, Miklós Laczkovics hielt fest: *„Die Erfolge der dänischen Bewegung können daran gemessen werden, dass das Parlament das Pariser Abkommen bis zum heutigen Tage nicht ratifizierte, obwohl der Tag der Debatte schon einmal feststand; die Regierung hatte aber Angst vor Protesten, weshalb sie es für besser hielt, diese zu vertagen. Die Bewegung gewinnt noch zusätzlich an Wert, wenn man bedenkt, dass das Parlament früher der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands mit großer Mehrheit zustimmte, oder dass das norwegische Parlament das Abkommen schon längst ratifiziert hat.“*<sup>46</sup> Als dann am 14. April über die Ratifizierung der Pariser Verträge abgestimmt wurde, stimmte das Parlament, trotz 15.000 Demonstranten, die vor das Parlamentsgebäude gezogen waren, mit 145 gegen 24 Stimmen für die Ratifizierung. Dennoch konstatierte das ungarische Außenministerium in einem Bericht an den ungarischen Nationalen Friedensrat vom 6. Juli 1955: *„Das dänische Volk vermochte zwar nicht, die volksfeindliche Tat der Regierung zu verhindern, aber der Kampf, den es über Monate geführt hat, war nicht erfolglos. [...] Es ist von erheblicher Bedeutung, dass während besagter Monate das Ansehen der KP beträchtlich zugenommen hat, was dem konsequenten Kampf zu verdanken ist, den die Partei gegen die Aufrüstung Deutschlands führte. Die Erfolge des vergangenen halben Jahres geben Grund zu der Annahme, dass das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen worden ist und dass der Kampf fortgesetzt werden wird.“*<sup>47</sup> Tatsächlich scheint in der dänischen Gesellschaft der Unmut über die westdeutsche Wiederbewaffnung und Aufrüstung deutlich größer gewesen zu sein als in anderen westeuropäischen Staaten. So berichtete die ungarischen Gesandtschaft in Kopenhagen 1956 vom Aufruhr in der dänischen Gesellschaft, den ein Artikel der britischen Zeitschrift „*The Economist*“ vom 28. Januar ausgelöst hatte. Dort war berichtet worden, dass die dänischen Streitkräfte innerhalb der NATO unter

---

<sup>45</sup> MNL XIX-J-1-j-Belgium-7d-009266/1961. Vermerk von István Bitta im ungarischen Außenministerium vom 21. November 1961.

<sup>46</sup> MNL XIX-J-1-j-Dánia-6d-00449/1955. Geheimer Bericht der ungarischen Gesandtschaft in Dänemark vom 29. Oktober 1954.

<sup>47</sup> MNL XIX-J-1-j-Dánia-6d-00449/4/1955.

deutsches Kommando gestellt werden würden.<sup>48</sup> Als dann 1957 offizielle Verhandlungen über ein gemeinsames dänisch-westdeutsches NATO-Kommando eingeleitet wurden und bundesdeutsche Soldaten, im Rahmen gemeinsamer NATO-Manöver, erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder dänischen Boden betraten, kam es erneut zu Protesten in der dänischen Öffentlichkeit.<sup>49</sup> Diese waren sogar so erheblich, dass bereits begonnene Verhandlungen über die Errichtung westdeutscher Militärbasen auf dänischem Territorium wieder abgebrochen werden mussten.<sup>50</sup> Den interessantesten Gesandtschaftsbericht dürfte in diesem Zusammenhang aber wohl derjenige über den Dänemark-Besuch des westdeutschen Bundeswehr-Generals Wilhelm Speidel gebildet haben. Speidel war am 8. Oktober 1957 zu Gesprächen in Kopenhagen eingetroffen, wo ihn bereits eine Menge aufgebrachter dänischer Demonstranten erwartete und es sich nicht nehmen ließ, auf dem Dach des Hotel d'Angleterre, in dem Speidel übernachten sollte, eine Hakenkreuzfahne zu hissen. Eine Anspielung darauf, dass das Hotel, das man sich für die Übernachtung des deutschen Generals ausgesucht hatte, bereits zur Zeit der deutschen Besatzung nicht nur hohe deutsche Wehrmachtsoffiziere sondern sogar das deutsche Kriegsgericht für das besetzte Dänemark beherbergt hatte. Der ungarische Gesandte resümierte: *„Die Regierung bereitete Speidels Besuch insgeheim vor; dieser Umstand konnte aber das Ausdrücken der Gefühle des dänischen Volkes nicht verhindern.“*<sup>51</sup> Anschuldigungen des sozialdemokratischen Parteiorgans Social-Demokraten, der Protest sei ausschließlich das Werk dänischer Kommunisten wies der ungarische Gesandte brüsk zurück: *„Nach alledem schämte sich das Blatt Social-Demokraten in ihrer Nummer vom 8. Oktober nicht, zu behaupten, dass die Kundgebung gegen Speidel nichts anderes gewesen wären, als verfehlte kommunistische Versuche, eine hysterische Kampagne anzuzetteln. Hier-nach habe die KP mit der Herbeizerrung alter und gefälschter Dokumente ruhestörende, hysterische Kundgebungen organisieren wollen, obwohl Speidel doch ein ehrlicher Mann sei. [...] Speidel sei nie Nazi gewesen, und habe einen großen Anteil daran gehabt, dass Hitler im August 1944 nicht Paris vernichtet habe. [...] Der Verfasser weist auch darauf hin, dass zur selben Zeit, zu der der „heldenhafte General Speidel“ mit niederträchtigen Beschuldigungen angeschwärzt wird,<sup>52</sup> die Kommunisten sich nicht daran erinnern wollen, welch intime Kontakte das Regime in der östlichen Zone mit Hitlerschen Generälen und Offizieren unterhält.“*<sup>53</sup>

---

<sup>48</sup> MNL XIX-J-1-j-Dánia-6d-002732/1956.

<sup>49</sup> MNL XIX-J-1-j-Dánia-6d-004613/1957.

<sup>50</sup> MNL XIX-J-1-j-Dánia-6d-001974/1/1959.

<sup>51</sup> MNL XIX-J-1-j-Dánia-6d-004922/1957. Streng geheimer Bericht der ungarischen Gesandtschaft in Kopenhagen vom 31. Oktober 1957.

<sup>52</sup> Wilhelm Speidel war 1948 im „Geiselmordprozess“ für die während seiner Tätigkeit als Militärbefehlshaber des „Dritten Reichs“ in Griechenland von ihm begangenen Kriegsverbrechen zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Bereits 1951 wurde er aber wieder freigelassen, da er für den Aufbau der Bundeswehr benötigt wurde.

<sup>53</sup> MNL XIX-J-1-j-Dánia-6d-004922/1957. Streng geheimer Bericht der ungarischen Gesandtschaft in Kopenhagen vom 31. Oktober 1957.

Die Untersuchung des ungarischen Beitrages zum Kampf des sozialistischen Lagers gegen die westdeutsche Wiederbewaffnung und Aufrüstung zeigt, dass dieser – im Großen und Ganzen betrachtet – ein passiver war. Ungarns Rolle beschränkte sich praktisch ausschließlich auf das Sammeln von Informationen und die Unterstützung verschiedener – vor allem sowjetischer – Initiativen. Das ungarische Außenministerium erfüllte damit die Erwartungen der Sowjetunion. Zu mehr schien es aber nicht bereit gewesen zu sein. Auch wenn der eine oder andere ungarische Diplomat in internen Papieren eine kampfeslustige Tonart anschlug, bereitete die ungarische Unterstützung der sowjetischen Kampagnen gegen die Wiederbewaffnung und Aufrüstung der BRD dem westdeutschen Auswärtigen Amt nie ernsthaft Kopfzerbrechen. Gerade im Vergleich mit den propagandistischen und außenpolitischen Aktivitäten der DDR treten die Unterschiede deutlich zu Tage. Dort wandte sich 1953 nicht nur die Volkskammer an die französische Öffentlichkeit, Walter Ulbricht schrieb sogar persönlich einen Brief an die französische Nationalversammlung, in dem er vor den Folgen einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland warnte.<sup>54</sup> Doch nicht nur in Frankreich, auch in Großbritannien<sup>55</sup> und vielen anderen westlichen Staaten brachte die DDR ein erhebliches Maß an Auslandspropaganda zum Einsatz, in dem Versuch, der Welt die „*Remilitarisierung Westdeutschlands*“ vor Augen zu führen. Anders als die Volksrepublik Ungarn zeigte die DDR – verständlicherweise – großes Engagement, als es darum ging, die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu diskreditieren. Doch auch in späteren Jahren, beispielsweise während der Kampagne der sozialistischen Staaten gegen den NATO-Doppelbeschluss, sollte Ungarn sich propagandistisch – im Vergleich mit den mit ihm verbündeten Staaten – zurückhalten.<sup>56</sup> Hier zeigt sich einmal mehr, wie wenig die im Westen immer wieder an die Wand gemalte Einigkeit des sozialistischen Lagers selbst in propagandistischer Hinsicht bestanden hat.

---

<sup>54</sup> PFEIL, Ulrich: *Die DDR und Frankreich (1949-1973)*. IN: PFEIL, Ulrich (Hg.): *Die DDR und der Westen: transnationale Beziehungen 1949-1989*. Berlin, 2011. 211.

<sup>55</sup> HOFF, Henning: „...*Largely The Prisoners Of Dr. Adenauer's Policy*“. *Großbritannien und die DDR (1949-1973)*. IN: PFEIL, Ulrich (Hg.): *Die DDR und der Westen: transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin, 2011. 188.

<sup>56</sup> PLOETZ-MÜLLER (2004): 358.

